



Resolution des Landvolks Niedersachsen

für sauberes Wasser, hochwertige Nahrungsmittel und leistungsfähige Bauernhöfe

an Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner

Das Landvolk Niedersachsen fordert Bundeslandwirtschaftsministerin Klöckner auf, die Ende Januar in Brüssel eingereichten Vorschläge zur erneuten Verschärfung der Düngeverordnung zurückzuziehen. Das Landvolk akzeptiert weder die Inhalte noch die Vorgehensweise der Ministerinnen Schulze und Klöckner. Nachdem Bundesländer, Fraktionen und Berufsstand zuletzt komplett übergangen wurden, appellieren wir an die Ministerinnen:

**„Keine agrarpolitischen Entscheidungen in Brüssel
ohne vorherige Einbeziehung der Landwirtschaft!“**

Die erneute Verschärfung der Düngeverordnung und insbesondere die in weiten Bereichen geforderte „Düngung unter Bedarf“...

- ... ist eine staatliche Anordnung zur Misswirtschaft
- ... zementiert eine Mangelernährung unserer Nutzpflanzen und führt zum Humusabbau
- ... schwächt den ländlichen Raum und ruiniert viele landwirtschaftliche Betriebe:
Tierhalter, Ackerbauern, Gemüseanbauer und Bewirtschafter von Grünland –
unabhängig davon, ob sie konventionell oder ökologisch wirtschaften

Das Landvolk fordert stattdessen

- **Zeit**
... die 2017 geänderte Düngeverordnung muss weiter wirken können
- **Positive Entwicklungen anerkennen**
... z.B. weniger Mineraldüngereinsatz zeichnet sich bereits heute ab
- **Gezielte Maßnahmen an belasteten Messstellen**
... statt flächendeckende Düngeverbote
- **Kooperationen vor Ordnungsrecht**
... gemeinsames Handeln hat sich im Trinkwasserschutz bewährt

**Wir brauchen keine weitere Verschärfung der Düngeverordnung,
sondern wollen die bereits Bestehende weiterhin konsequent umsetzen!**

Hannover, 2. April 2019

Albert Schulte to Brinke, Präsident Landvolk Niedersachsen

